

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter Reformdruck

Herausforderungen durch Digitalisierung und gesellschaftlichen Wandel. *Von Annika Sehl*

Sowohl in Deutschland als auch in vielen anderen europäischen Ländern stehen öffentlich-rechtliche Medien unter Druck. Die Digitalisierung hat Produktionsprozesse verändert und die Medienlandschaft hat sich durch neue Ausspielwege und Anbieter stark gewandelt. Öffentlich-rechtliche Medien sind herausgefordert, sich im Rahmen ihres Auftrags weiterzuentwickeln und den digitalen Wandel in ihrer eigenen Organisation voranzutreiben, um relevant zu bleiben – vor allem für junge Menschen. Besonders spannend ist dabei das Verhältnis von öffentlich-rechtlichen Medien zu kommerziellen Plattformunternehmen.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist zwar immer noch das Medium, dem Menschen in Deutschland nach der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2022 (vgl. Schultz et al. 2023) am meisten vertrauen, wenngleich es deutliche Unterschiede nach politischer Parteisympathie gibt. Die Befragungsdaten zeigen jedoch auch, dass Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk geübt wird, an Strukturen, dem Umgang mit Mitteln oder der wahrgenommenen Unabhängigkeit.

Diese Ausgangslage hat die Rundfunkkommission der Länder im März 2023 dazu veranlasst, einen Rat aus acht Expertinnen und Experten („Zukunftsrat“) einzuberufen, dem ich angehören durfte, um Vorschläge für eine langfristige Perspektive des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland zu entwickeln. Im Januar 2024 hat der Rat seinen Bericht mit Reformvorschlägen vorgelegt (vgl. Rat für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks 2024). Sie umfassen: (1) eine Schärfung und Weiterentwicklung des Auftrags, (2) eine Reform der Gremien und Leitungen, (3) eine Reform der ARD, (4) eine gemeinsame technische Lösung für ARD, ZDF und Deutschlandradio, (5) eine Weiterentwicklung der Führungs- und Organisationskultur und (6) ein neues Finanzierungsverfahren gemäß erbrachter Leistung. Die Vorschläge des Rats sind nicht bindend und aktuell in der politischen und öffentlichen Diskus-

Prof. Dr. Annika Sehl ist Inhaberin des Lehrstuhls für Journalistik mit dem Schwerpunkt Medienstrukturen und Gesellschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Mitherausgeberin von Communicatio Socialis.

sion. Die Rundfunkkommission der Länder hat zu verschiedenen Reformansätzen ein Sondergutachten der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) in Auftrag gegeben, um Effizienzgewinne zu beziffern. Die Erkenntnisse sollen in einen Medienänderungsstaatsvertrag einfließen, der im Herbst zur Unterschrift bereitliegen soll (vgl. Rundfunkkommission der Länder 2024).

Das Thema dieses Hefts ist also höchst aktuell und relevant – und dieses Heft bildet die Breite der Herausforderungen ab. In ihrem Beitrag „Integration durch Repräsentation?“ untersuchen Daniel Stegmann und Birgit Stark, wie öffentlich-rechtliche Medien ihre Integrationsfunktion erfüllen. Die Ergebnisse zeigen, dass eine intensivere Nutzung öffentlich-rechtlicher

Christina Holtz-Bacha diskutiert in ihrem Beitrag, warum öffentlich-rechtliche Medien im Mittelpunkt populistischer Kritik von rechts stehen.

Nachrichtenangebote sowohl mit einer höheren Repräsentationswahrnehmung als auch einem stärker ausgeprägten Gemeinschaftsgefühl einhergehen.

Anschließend diskutiert Christina Holtz-Bacha in ihrem Beitrag, warum öffentlich-rechtliche Medien im Mittelpunkt populistischer Kritik von rechts stehen und welche Strategien populistische Akteure einsetzen, um sie zu diskreditieren. In ihrem Fazit argumentiert sie, dass die populistischen Angriffe auf öffentlich-rechtliche Medien über diese hinausgehen und sich auch gegen die Freiheit der Medien und ihre Rolle in der Demokratie richten.

Im folgenden Beitrag stellt Henning Eichler Kriterien vor, die helfen sollen, medienethisch zu begründen, ob und wie öffentlich-rechtliche Medien Inhalte für kommerzielle Plattformen erstellen sollen dürfen. Er schlägt vor, die Prinzipienethik in Organisationsstrukturen und Prozessen öffentlich-rechtlicher Medien zu verankern, um Abhängigkeiten von Plattformen besser erkennen und reduzieren zu können.

Johanna Wolleschensky und ich diskutieren im unserem Überblicksbeitrag die wichtigsten Finanzierungsformen öffentlich-rechtlicher Medien in Europa mit deren Vor- und Nachteilen. Wir zeigen, dass es nicht die eine Lösung gibt, sondern verschiedene Formen der Finanzierung. Abschließend argumentieren wir, dass die Finanzierung an die Rahmenbedingungen eines Landes angepasst sein muss.

Im Anschluss nimmt Lea Lehner in ihrem Beitrag unter die Lupe, wie der Südwestrundfunk (SWR) seinen Mitarbeitenden den crossmedialen Wandel des Hauses vermittelt und welche

Fortbildungen dazu existieren. Ihre Studie zeigt, dass die Anstalt ihren Mitarbeitenden den Wandel transparent macht und vielfältige Möglichkeiten zur Weiterbildung anbietet.

Die oben angesprochenen Vorschläge des Zukunftsrats werden anschließend von Tanjev Schultz, Professor für Journalismus an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, und Norbert Himmler, Intendant des ZDF, diskutiert. Schultz unterstreicht, dass der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiter geschärft und die Strukturen verbessert werden müssen, damit Gemeinwohl, Relevanz und Demokratie auch in Zukunft im Mittelpunkt stehen. Himmler gibt ergänzend Einblicke in den aktuellen Transformationsprozess beim ZDF.

Aus ihrer Binnenperspektive stellen abschließend Annette Dittert, Studioleiterin und Senior Correspondent für die ARD in London, und Klaus Unterberger, Leiter der Stabsstelle „Public Value“ in der ORF-Generaldirektion, aktuelle Herausforderungen für die britische BBC bzw. den österreichischen ORF dar. Dittert argumentiert, dass die BBC, wenn sie ihre Bedeutung für die britische Gesellschaft behalten soll, eine grundlegende strukturelle, inhaltliche und finanzielle Reform benötigt. Denn nur dann könne sie wirklich unabhängig von der jeweils regierenden Exekutive sein. Unterberger beschreibt, warum es für den ORF wesentlich ist, seine Unabhängigkeit zu behaupten, Unterscheidbarkeit zu kommerziellen Anbietern zu unterstreichen und zugleich seine Rolle für Gesellschaft und Demokratie sowie den Wert für Mediennutzende stärker herauszustellen.

Literatur

- Rat für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (2024): Bericht des Rates für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. https://rundfunkkommission.rlp.de/fileadmin/rundfunkkommission/Dokumente/Zukunftsrat/ZR_Bericht_18.1.2024.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.4.2024).
- Rundfunkkommission der Länder (2024): Sondergutachten zur Beitragsrelevanz möglicher Reformansätze. https://rundfunkkommission.rlp.de/fileadmin/rundfunkkommission/Dokumente/Beschluesse/2024-03-07_RFK_Fragen_Sondergutachten_KEF_Reform_OERR.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.4.2024).
- Schultz, Tanjev et al. (2023): Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2022: Medienvertrauen nach Pandemie und „Zeitenwende“. In: *Media Perspektiven*, 53. Jg., H. 8, S. 1-17.